

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ein-
mal. Der Bezugspreis beträgt bei fortwährender Abnahme im Voraus 10 Mk.
im voraus zahlbar. Für den Postweg nehmen sämtliche Postämter Bestellungen an.
Unter Berücksichtigung des Postzuschlags für Deutschland, Österreich, Ungarn, Danzig, das
Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 Mk.,
für das übrige Ausland 27 Mk., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 95 Pf.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die schlagende Wappentafel über dem Baum kostet 5.- Mk. einschließlich
Eintrittsgeld. Keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- Mk., jedes weitere
Wort 1,50 Mk. einschließlich Einzahlungsbuchung. Druckerei Anzeigen laut Tarif.
Familien-Anzeigen und Briefen-Beleg 3,20 Mk. netto pro Zeile. Stellen-Beleg
in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 Mk., jedes weitere Wort 1.- Mk.
Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Internationale Zusammenkunft

Frankfurt a. M., 8. Juli.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien hält gegenwärtig hier eine Tagung ab. Aus diesem Anlaß fand heute nachmittags im Saale des Hippodrom eine internationale Versammlung statt, zu der die Parteileitung der U. S. V. D. geladen hatte. Nach Begrüßungsworten Dührmanns-Stuttgart sprach Reichstagsabgeordneter Ledebour, der die Einigung des sozialistischen revolutionären Proletariats verlangte. Longuet-Frankreich führte aus, die Schuld am Kriege trage nicht das deutsche oder das französische Volk, sondern die imperialistischen Regierungen beider Länder. Longuet wandte sich dann gegen die un sinnigen Forderungen der französischen Chauvinisten und geißelte es, daß zwölf Milliarden Mark für die Behebung des linken Rheinufers ausgegeben würden, die nutzbringender für die Menschheit verwendet werden könnten. Die Bestrafung der Schuldigen sei für beide Seiten zu fordern. Grimm-Schweiz forderte eine geschlossene internationale Kampffront gegen die bestehende Gesellschaft und zog Grenzen gegen rechts und links, indem er die Bereitwilligkeit der Reformisten, mit der „Bourgeoisie“ ein Bündnis abzuschließen, ebenso sehr ablehnte, wie die unangenehmen Wege der Kommunisten. Auch Friedrich Adler-Oesterreich betonte, daß es gegenüber der Brüsseler und der Moskauer Internationale darauf ankomme, das gesamte Proletariat zu einigen.

Auch Belgien

L. M. Brüssel, 8. Juli.

Die belgische Regierung hat der französischen auf Anfrage wegen der Urteile im Leipziger Kriegsverfahren geantwortet, daß sie sich mit dem französischen Vorschlag einverstanden erkläre, die Mission sofort aus Leipzig abzuziehen. In der nächsten Sitzung des Obersten Rates soll über die Haltung der Alliierten zu den Urteilen in den Leipziger Prozessen Beschluß gefaßt werden.

Friedensschluß in Irland

L. M. London, 9. Juli.

Offiziell wird mitgeteilt, daß Lord George ein Angebot gemacht hat, das von de Valera angenommen wurde. Die Feindseligkeiten in Irland werden am Montag, den 21. Juli, um 12 Uhr mittags, eingestellt.

Der Orientkrieg

L. M. London, 8. Juli.

Die Frage des nahen Ostens steht im Mittelpunkt der politischen Diskussionen, hat aber insofern eine Wendung erfahren, als verhältnismäßig immer weniger vom Verhalten der Großmächte die Rede ist und immer mehr die Frage behandelt wird, inwiefern die Mitglieder der kleinen Entente an den Ereignissen direkt interessiert sind. Entscheidend ist das Eintreffen einer Note der rumänischen Regierung beim britischen Auswärtigen Amt, einer Note, worin Rumänien das Recht reklamiert, an den Diskussionen über eine eventuelle Revision der Vertragsverhältnisse im nahen Osten hinzugezogen zu werden. Im Unterhaus gab es zwar den üblichen Beifall der Mehrheitspartei, als Chamberlain die Erklärung abgab, daß die alliierten Streitkräfte sich verteidigen würden, wenn sie angegriffen werden sollten. Aber es besteht kein Zweifel, daß eine überwältigende Mehrheit der englischen Bevölkerung gegen jede kriegerische Aktion ist, nicht etwa aus pazifistischer Gesinnung, sondern wegen der Kosten. Der Kampf der Verschwendungsgegner hat so verblüffend große Erfolge, daß das von „Daily Express“ ausgegebene Schlagwort: **Kein Schiff, kein Mann, kein Viertelpenny** von Seiten Englands, die am Konstantinopel Bakranien aus dem Feuer zu holen, die öffentliche Gesinnung beherzigt. Was haben die Rumänen denn getan, daß unsere Truppen gegen sie losziehen sollen? fragt das Blatt. Sie haben einen Vertrag mit Sowjet-Rußland geschlossen. Wie im Friedensvertrag festgelegt ist, gehört Konstantinopel vier türkischen Territorien. Wenn die heutigen Rumänen Widerstand leisten, so müssen sie morgen unwiderruflich mit den Griechen zusammenarbeiten.

Der „Daily Telegraph“ unterstreicht die diesbezüglichen Darlegungen aus dem Verhältnis der kleinen Entente zur Orientfrage. Der diplomatische Mitarbeiter setzt auseinander, daß wünschungsmäßig General Harringtons Mission einschließlich der zehn Oberkommissare aus Konstantinopel zwecks Begegnung mit Mustafa Pascha abgereist sei, nachdem sie aus London die Instruktion empfangen hat, daß sie zu keinen Abmachungen ermächtigt ist, sondern nur die Vorschläge anzuhören und weiterzugeben hat. Der französische und italienische Kommissar sind mit vieler Begegnung durchaus einverstanden. Da Kemal Pascha nicht auf europäisches Gebiet kommen kann, wird die Unterredung an Bord eines englischen Kriegsschiffes in Ineboli im Schwarzen Meer stattfinden.

Weiterhin kommt der diplomatische Mitarbeiter eines Blattes zu der Erkenntnis, daß wenigstens eine befreundete Nation an der Freiheit der Dardanellen nicht mehr interessiert ist, als Großbritannien, nämlich Rumänien, von dessen Außenminister am 6. Juli abends über diese Frage eine sehr beachtende Note in London eintraf. Rumänien fordert Teilnahme an den Diskussionen. Die kleine Entente hat erst kürzlich den Beweis ihrer Fähigkeit geliefert, als sie den Versuch einer Habsburger

Restauration vernichtete. Die Möglichkeit einer Wiederholung dieses Versuches im Zusammenhang mit einer weitgreifenden Verschwörung, die auch Belgien einbeziehen und noch darüber hinausgehen würde, wird nicht als möglich angesehen, um so mehr, als die bulgarischen militärischen Bestände um 100 Prozent größer sind, als nach dem Vertrag es erlaubt ist, und die der Magyaren sogar um 300 bis 400 Prozent. Es würde niemand überraschen, wenn Dr. Benesch seinerseits seine sympathische Warnung, die er vor wenigen Monaten Stambulisi machte, wiederholen würde.

Angora, 8. Juli.

Der amtliche türkische Bericht vom 8. d. M. sagt, daß die Türken die Griechen im Süden von Sumburg (?) angegriffen und sie gezwungen haben, sich zurückzuziehen. Sie haben ihnen schwere Verluste beigebracht. Im Somidabschnitt haben die Türken die Verfolgung der Griechen fortgesetzt, die sich nach Westen zurückziehen.

Das französische Budget

Paris, 8. Juli.

Finanzminister Doumer hat heute nachmittags in der Kammer das Budget für 1922 eingebracht. Die außerordentlichen Ausgaben sind darin zum erstenmal seit dem Kriege unterdrückt. Es bleiben neben dem ordentlichen Budget nur noch die Ausgaben für den Wiederaufbau, die gedeckt werden sollen entweder durch kommunale Anleihen, oder durch Vorkäufe des Credit-National, oder schließlich durch den Verkauf deutscher Obligationen in neutralen Ländern. Das Budget von 1922 schließt in den Ausgaben mit 25 426 000 000 Francs ab. An Einnahmen weist der Entwurf 25 514 000 000 Francs, also einen Ueberschuß auf. Die Einnahmen sollen bestritten werden aus direkten und indirekten Steuern in Höhe von 19 420 000 000 Francs. Zur Deckung des Restes von 6 Milliarden Francs sollen die Einnahmen aus den Verkäufen der Kriegsvorräte der verbündeten Armee und die Einnahmen aus der Kriegsgewinnabgabe dienen.

Volkzählung in Rußland

Kopenhagen, 8. Juli.

Die Petersburger Zeitung „Pravda“ veröffentlicht eine Reihe statistischer Mitteilungen, die der Leiter des statistischen Departements in Moskau über die letzte Volkszählung in Rußland dem Exekutivauschuß des Arbeiterrates zugestellt hat. Danach waren 1920 in Rußland 133 Millionen Menschen. Seit 1914 hat sich die russische Einwohnerzahl um 12 Millionen verringert. Es betrug die Einwohnerzahl Moskaus Ende 1920 1 058 011 gegen 2 043 000 im Jahre 1917. Die Zahl der Beamten in Moskau beläuft sich auf 228 000, während 1897 im ganzen Rußland nur 223 000 Beamte waren. Die Sterblichkeit in Moskau beträgt jetzt 23 auf je 1000. In der ersten Hälfte 1920 betrug sie 45 und in der letzten Hälfte 28 auf je 1000 Einwohner. Die Zahl der Eheschließungen ist heute viermal so hoch wie vor dem Kriege und beläuft sich auf 20 auf je 1000 Einwohner. Die Hälfte der Eheschließungen erfolgt nur standesamtlich.

Die Wareneinfuhr in Rußland ist in den ersten vier Monaten 1921 stark gestiegen. Während im ganzen Jahre 1920 nur 15 500 Tonnen eingeführt wurden, ist die Einfuhr in den ersten vier Monaten 1921 auf 61 200 Tonnen gestiegen. Davon waren 26 000 Tonnen Kohle, 17 500 Tonnen Erz und Eisenfabrikate und 15 500 Tonnen Lebensmittel. Im April d. J. sind zum ersten Male wieder seit Anfang des Krieges Baumwollwaren in Rußland eingeführt worden.

Die Fliegeleien der Rahr-Regierung

Es gehört nun einmal zu dem Bilde, das begeisterte Deutsche und sonstige Reaktionäre sich von einem Ordnungsstaat machen, daß man in diesem Staate die Angehörigen derselben Nation wie lästige Ausländer behandelt, sie nachts in ihren Hotels aus den Betten trommelt und zur Polizeiwache schleppt, falls ein Komma in ihrem Paß fehlt oder dem durchsuchenden Kommissar gerade die Nase befällt „Ausländer“ aus Berlin nicht gefällt. An all das ist man nachgerade gewöhnt, und im Lager der rechten Parteien herrscht darüber helle Begeisterung, da es den Ordnungsbegriffen des alten kaiserlichen Regimes durchaus gleichkommt. Ein besonders starkes Stück ist aber doch die Ausweisung des russischen Volksbeauftragten Kreszinski.

Um sich in Bad Rissingen zur Kur aufzuhalten, hatte er aufs sorgfältigste auch die letzte der unüberschaubar verzweigten landespolizeilichen Verordnungen erfüllt, besaß Paß, Einreiseerlaubnis, Aufenthaltserlaubnis und sonst noch die verschiedenen Papiere, die man zu ungehörtem dreiwöchigen Aufenthalt in Bayern notwendig hat. Trotzdem wurde er, wahrscheinlich auf Anregung der Kommission zur Hebung des bayerischen Fremdenverkehrs, eines schönen Tages in Tegernsee aufgegriffen, mit seinem Sekretär nach München geführt, dort durchsucht, seine sämtlichen Papiere und Akten durchstöbert. Allein alles war umsonst. Nicht das geringste Anzeichen bolschewistischer Spionage oder Agitationsstätigkeit konnte entdeckt werden. Also ließ man ihn und seinen Sekretär photographieren, messen und Fingerabdrücke herstellen, kurz, man behandelte ihn wie einen Verbrecher. Das Bezeichnendste aber ist, daß die Rahr-Regierung die Angelegenheit zu verschleiern suchte, selbstverständlich tatkräftig unterstützt von der gesamten bürgerlichen Presse, die heute noch nach Möglichkeit die ganze Angelegenheit totschweigt.

Versailles und die Alldeutschen

„Die unerhörten Entstellungen der Allierten gehen noch über das hinaus, was einst Karthago geschah.“
Heftig im Reichstag.

Vor einigen Tagen war in dem Großkampforgan des Herrn Stinnes, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, eine jener hübschen kleinen Denunziationen zu lesen, die regelmäßig dann auftauchen, wenn irgendwer etwas gesagt oder geschrieben hat, das wirksam den alldeutschen Schwindel durchleuchtet. Diesmal galt die auf zwanzig Zeilen verdichtete Verleumdung dem Dozenten an der Humboldt-Hochschule und an der Berliner Volkshochschule Dr. Oskar Stille und seiner Schrift: „Der Friedensvertrag von Versailles im Spiegel deutscher Kriegsziele“ (Verlag Oskar Wachsen, Berlin SW 29). Diese Broschüre, so meint das Stinnesblatt, sei durchaus belanglos — es vermeidet darum ängstlich, seinen Lesern auch nur das geringste über ihren Inhalt mitzuteilen. Aber man wisse mit Bestimmtheit, daß der Vertreter eines Ententestaates sein Interesse an dem „Nachwerk“ durch Ankauf mehrerer Exemplare bekundet habe, die Ententepresse würde bald des Lobes voll sein. Schluß: die übliche Denunziation an die Lehrinstitute, an denen der „Hochverräter“ tätig ist.

Wenn die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu solchen Mitteln greift, darf man sicher sein, daß ihr Angriff nicht gegen Windmühlen kämpft. In der Tat erweist sich die Schrift von Stille als eine der wirksamsten und schneidigsten Waffen gegen die in ständigem Wachsen begriffene Reaktion. Denn sie offenbart mit unwiderleglicher Logik, daß die Alldeutschen nicht nur ein getüteltes Maß von Schuld am Kriege tragen, sondern, daß der Versailler Frieden ihr ureigenstes geistiges Eigentum ist, daß die alldeutschen Kriegsziele das Muster abgaben, nach dem die Bestimmungen des Versailler Vertrages orientiert wurden. Allerdings dürfen die alldeutschen Lehrmeister sich rühmen, ihren Schülern ein unerreichtes Vorbild gegeben zu sein. Am deutschen „Siegfrieden“ gemessen, ist das Versailler Friedensinstrument wenig imponierendes Stückwerk. Unsere Rationalisten hätten der Welt ein viel lehrreicheres Beispiel gegeben, wie man Siege ausnützt!

Man vergleiche doch einmal die nichterreichten alldeutschen Kriegsziele mit den Friedensforderungen der Entente. Die Reparationsforderung der Entente beträgt 226 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahren in jährlichen Raten von zwei bis sechs Milliarden Mark. Die berühmte „Lehmann-Broschüre“: „Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden“ errechnete eine Summe von 200 Milliarden als Kriegsschuldigung an Deutschland und 150 Milliarden an seine Verbündeten, insgesamt also 350 Milliarden Mark. Wilhelm II. hat höchstpersönlich nidergelegt, daß allein Frankreich und Amerika zusammen 280 Milliarden Goldmark zahlen müßten. Behält man dabei im Auge, daß Deutschland doch nicht, wie Frankreich, ganze zerstörte Provinzen wiederaufzubauen genötigt ist, so muß man die Forderung der Entente, gemessen an den zu früh angemeldeten Forderungen der gekrönten und ungekrönten „Lehmänner“, als sehr maßvoll bezeichnen. Immerhin ist das Bestreben unerkennbar, nicht allzusehr hinter dem alldeutschen Vorbild zurückzubleiben. Daß das nicht geklärt ist, wird den Alldeutschen aufs Neue beweisen, wie minderwertig die ganze Gesellschaft ist: nicht einmal einen anständigen „Siegfrieden“ vermögen sie zu diktieren!

Wie steht es mit dem „Länderrau“? Einschließlich des Saargebietes sind laut Friedensvertrag etwa 70 000 Quadratkilometer abgetreten worden. Der größte Teil dieser Gebiete ist überdies nicht an die Entente abgetreten, sondern ist früheren Besitzern zurückgegeben worden. Daß dabei deutschen Bevölkerungsteilen Unrecht geschehen ist, unterliegt keinem Zweifel. Aber wie grotesk nimmt sich der „Entente-Annexionismus“ neben den Landforderungen aus, die namens unserer Feudalen das Herrenhausmitglied Graf Rosen stellte. Dieser verlangte unter anderem:

„Angliederung Belgiens, Abtretung der flandrischen und belgischen Küste bis Calais, Abtretung von Longwy und Briey, von Loul und Verdun und der östlich davon liegenden Grenzgebiete.“

Wenn die Entente auch nur einigermaßen mit diesen „berechtigten“ Forderungen hätte Schritt halten wollen, so hätte sie das Rheinland annektieren müssen, desgleichen die Nordseeküste bis Hamburg und das westfälische Kohlenrevier. Nichts davon ist geschehen und niemand weiß besser als unsere Alldeutschen, welches Glück es für uns ist, daß die Friedensunterhändler der Entente so wenig gelehrige Schüler ihrer deutschen Vorbilder waren.

Ueber die Vergewaltigung deutscher Minoritäten zu lamentieren, steht denen wohl besonders gut an, die ganz Belgien, ganz Polen und das Baltikum ohne jede Rücksicht „eindeutsch“ wollten? Wie haben die Alldeutschen über Curpen und Ralswiek geschrien! Was aber eifrigste einer der hervorragenden alldeutschen Führer, Rechtsanwalt Claf: „Belgien muß aufhören zu bestehen, sein König werde des Thrones entsetzt, das ganze Land bleibe kraft des Rechtes der Eroberung deutsch. Geborener Landesherren sei der Kaiser. Das Land werde in zwei Teile ge-

teist, die vlämische und die wallonische Mark. Beide werden diktatorisch verwaltet und erhalten etwa die Stellung der Provinzen im römischen Reich. Die bisherigen Belgier dürften vorläufig im Reich keine politischen Rechte haben. Die Namen sollen eingedeutscht werden, . . . das Französische wird in der vlämischen Mark unbedingt verboten." Wiederum ist das Vorbild unerreichbar. Legt man die Maßstäbe unserer Durchhalter bis zum Siegfrieden an, so sind die feindlichen Friedensunterhändler auch in diesem Punkte elender gewesen.

Die angeführten wenigen Beispiele zeigen, daß der Versailler Friede nur einen schwachen Abklatsch der alldeutschen Kriegsziele darstellt. Das macht diesen Frieden sicher nicht besser, als er ist. Aber es beweist noch einmal, daß gerade die kein Recht haben, gegen ihn zu zeugen, die am lautesten gegen seine Unterzeichnung getobt haben. Es ist Geist von ihrem Geist, Frucht ihrer Saat. Wie sie am Krieg schuld sind, so auch an diesem Frieden. In jedem anderen Lande der Welt würde man Mittel und Wege finden, um sie wenigstens jetzt endlich zum Schweigen zu bringen. In Deutschland verfügen sie nach wie vor über die größte Resonanz. Und dann wundert man sich, wenn draußen in der Welt nicht nur bei den Gegnern, sondern auch bei den Neutralen ein unbesiegbares Mißtrauen gegen Deutschland herrscht!

Nach Auffassung unserer Alldeutschen ist der Krieg ein Gottesurteil. In Erwartung des deutschen Sieges schrieb der deutschnationale „Rechtslehrer“ Otto von Gierke:

„Die Frage, ob das Urteil gerecht oder ungerecht ist, mögen wir jedem irdischen Tribunal gegenüber aufwerfen. Einem Gottesurteil gegenüber ist sie sinnlos. . . . Nach der Besiegte muß das Urteil als Ausfluß einer höheren Gerechtigkeit hinnehmen. Niemand kann ihm verwehren, seine Reue von der Zukunft zu erhoffen. Aber zunächst geschieht ihm kein Recht und wiederfährt ihm kein Unrecht, wenn die Vollstreckung des Urteils gegen ihn erfolgt. Und wenn uns . . . der Sieg zuffällt, so handeln wir im Einklang mit der Gerechtigkeit, wenn wir bei dem Neubau des Staatsrechts den für unsere Daseinsbehauptung erforderlichen Gebrauch von dem Rechte des Eroberers machen.“

Vom Standpunkt dessen, der ein „Recht des Eroberers“ anerkennt, logisch und unausweichbar! Die Entente braucht sich um eine Formulierung ihres Rechtsstandpunktes im Friedensvertrag nicht zu bemühen, der deutschnationale Rechtsgelehrte legt sie ihr in den Mund. Sie hat nichts getan, was nicht die Alldeutschen im Fall eines deutschen Sieges ebenfalls, nur in ganz anderem Ausmaß, getan hätten: sie hat „im Einklang mit der Gerechtigkeit vom Rechte des Siegers Gebrauch gemacht“.

Das Geschrei der Deutschnationalen ist das Geschrei des Räubers, dem man die Waffe aus der Hand geschlagen hat, um sie ihm selbst auf die Brust zu legen. Solange dieses heuchlerische Geschrei Deutschland erfüllen darf, wird man sich überall jenseits der Grenzen mitteillos die Ohren zuhalten. Erst wenn es zum Schweigen gebracht worden ist, können jene Stimmen hörbar werden, die mit Recht Kritik am Versailler Vertrag üben dürfen, weil sie niemals „das Recht des Siegers im Einklang mit der Gerechtigkeit“ proklamieren haben.

Die deutsche Arbeiterschaft muß es als eine ihrer allerwichtigsten Aufgaben betrachten, das alldeutsche Maulheldentum in seiner ganzen Erbärmlichkeit zu entlarven und verstümmen zu lassen. Denn die Arbeiter sind es in erster Linie, die darunter zu leiden haben, daß der Versailler Friede sich orientieren mußte am Größenwahnsinn der Kriegsziel-Patrioten. In dem Kampfe gegen die geistigen Urheber dieses Friedens nach alldeutschem Diktat kann die Broschüre Stillichs als wertvolle Waffe empfohlen werden.

Toller nicht an Tuberkulose erkrankt. Unser Genosse Kohnfeld machte kürzlich im Reichstag die Mitteilung, daß Toller schwer an Tuberkulose erkrankt sei. Das beruht zum Glück, wie wir von Toller erfahren, auf einem Irrtum, der darauf zurückzuführen sein dürfte, daß Toller an das bayerische Justizministerium ein Gesuch um eine chirurgische Untersuchung und einen etwaigen operativen Eingriff gerichtet hat. Das Gesuch ist abgelehnt worden.

Vom Naturfönn des Kindes

Eine Ferienbetrachtung

Die großen Ferien kommen heran. Seit Wochen schon dreht sich das Gespräch der Schulkinder um ihre Reiseausflüchte. „Gähst du weg?“ und „wohin reist du?“ so schwirrt es in den Pausen durcheinander. Man beneidet und bemitleidet sich gegenseitig. Aber merkwürdig, nicht nur die Kinder, die zu Haus bleiben müssen, werden bedauert, sondern auch die, die nicht weit reisen. „Ach, dahin fährt man ja nur zwei, drei Stunden,“ heißt es da verächtlich, „wir müssen einen ganzen Tag in der Bahn sitzen und dann noch einen halben. Die Alpen müssen sein!“ Und dem Kleinen, das nur die wenigen Stunden in der Bahn fahren darf, erscheint plötzlich sein bis dahin so hehnlichst herbeigesehnter Ferienaufenthalt in einem verdüsterten, grauen Licht. Bei den Reden der Schulgenossen kam ihm plötzlich der Gedanke, daß Ferienfreude sich nach Kilometern bemessen läßt, nach den Kilometern, die man in der Bahn zurücklegt. Alpen, Meer klingt es ihm in die Ohren, und es soll nur ganz in die Nähe aufs Land, wo es gar nichts sehen wird, wovon es nachher stolz erzählen kann. Und es malt sich die Ferien der anderen aus und dann seine eigenen, und plötzlich kommt es sich so arm, so bemitleidenswert arm vor, weil es, ja weil es eben nur zwei Stunden zu fahren hat.

Wenn wir nun an unsere eigene Jugend zurückdenken, so werden wir uns vielleicht ähnlicher Erlebnisse erinnern. Zurückblickend aber werden wir sagen müssen, daß die Reisen in die weite Ferne gewiß nicht immer unsere schönsten, reichsten, gewinnbringendsten waren.

Und die Erklärung dafür ist nicht gar so schwer zu finden. Die Kinder sind, wenn sie nicht künstlich darauf hingelenkt werden, in dieser Hinsicht in einem noch ursprünglicheren Zustand des Naturgeföhls. Sie sehen im allgemeinen nur das Nähere, haben innige Freude an den Blumen auf der Wiese, an den Käfern, den Insekten, an den Kähen und den anderen Tieren, sie fühlen die Schönheit eines Waldes, durch den sie gehen, aber die Größe der Natur als Ganzes, das romantische Naturerlebnis fehlt ihnen noch. Daher wird die Begeisterung beim Anblick des Meeres, der schönsten Alpenkette kaum so tief sein wie bei der Entdeckung eines Vogelnestes mit jungen Vögeln.

Wir können uns nicht darüber wundern, denn das Gefühl für die großartigen und erhabenen Stimmungen, wie Hochgebirge und Meer sie auslösen, ist ja in der neueren Geschichte überhaupt noch nicht lange erweckt, sondern das Aufstreben eines solchen Empfindens ist das Zeichen für das Altostadium einer Kultur. So wie man im Altertum erst in der späteren Reifeperiode des Hellenismus und der römischen Kaiserzeit anfängt, das Meer zu bewundern und das Hochgebirge zu bestaunen, so ist es im Verlauf

Systematische Fälschung

Die oberflächlichen Nachrichten sind noch sehr äußerst verdächtig und anrüchlich, da in Oberschlesien selbst eine Fülle von Nachrichtenunternehmungen auf beiden Seiten existieren, die zu Propagandazwecken die wildesten Fingernachrichten in die Welt setzen. Mit welcher Methode dies geschieht, dafür liefert der letzte Zwischenfall in Beuthen ein vorzügliches Beispiel. Aller Welt war ersichtlich, daß es sich bei den dortigen Zwischenfällen wieder um einen Uebergriff des nationalitätlich ausgehegten Böbels handelte, der sich durch die meisten Treibeiten der um die Aussicht des Plünderens gebrachten Orgelblende zu Uebergriffen gegen die Franzosen hinreizen ließ. Die Berliner bürgerliche Presse aber erhielt einstimmig den Bericht „eines sehr zuverlässigen Augenzeugen, der den Ereignissen in Beuthen persönlich beigewohnt hatte“. Die Redaktionen sämtlicher bürgerlicher Blätter geben diesen Bericht wieder, und zwar mit den oben zitierten einleitenden Worten. Keiner Redaktion war selbstverständlich der Augenzeuge auch nur dem Namen nach, geschweige denn seine Zuverlässigkeit, bekannt. Jemandem der Nachrichtenbureau hatte diesen Bericht sabrieren, und die bürgerlichen Redakteure gaben sich ruhig für diesen Schwindel her, indem sie den Lesern ihres Blattes, die ja selbstverständlich nicht vergleichendes Zeitungstudium treiben, die Tatsache vorpiegelten, als ob es sich um einen besonders zuverlässigen Bericht der Redaktion handelte.

Der Geist dieses Berichtes ist durch wenige Sätze zu kennzeichnen. Es heißt da: Daraufhin stürzte ein „Rudel“ französischer Offiziere, die Reittreitischen trugen (deutsche Offiziere haben niemals Reittreitischen gehabt! D. Red.), begleitet von Soldaten mit aufgeschlitztem Bajonett auf die Menge los. . . . Kinder wurden den Frauen aus den Armen gerissen, Säuglinge aufs Pflaster geworfen und dann von der nachdrängenden Menge niedergetreten. Ein junger Mann, der einer ohnmächtigen Frau Samariterdienste leistete, erhielt einen Kolbenhieb und wurde dann durch einen Bajonettstich getötet.“ Bis heute ist festamerweise der Leichnam dieses jungen Mannes nicht gefunden. Die verhafteten Geiseln, die der Bericht meldete, waren, wie später amtlich berichtend festgestellt wurde, noch in Freiheit, als der Bericht gedruckt in Berlin erschien. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß erst durch diesen Bericht die Interalliierte Kommission veranlaßt worden ist, die in dem Bericht bezeichneten Personen als Geiseln festzunehmen. Auf alle Fälle stellt dieser Bericht das Musterbeispiel einer systematisch von der gesamten bürgerlichen Presse unterstützten Fälschung dar.

Steuerpläne

Das Fahrzeugsteuergesetz

Finanzpolitischer und Verkehrs-Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigten sich in einer gemeinsamen Sitzung am 7. Juli mit dem Entwurf eines Fahrzeugsteuergesetzes, der auf Grund einer Eingabe des Verbandes der preussischen Landwirte von einem gemeinsamen Unterausschuß ausgearbeitet worden war. Der Entwurf ist aus der Notwendigkeit entstanden, den öffentlich-rechtlichen Trägern der Unterhaltungslast für Straßen und befestigte öffentliche Wege die Aufbringung der Mittel zu ermöglichen, die zur im Interesse der gesamten Wirtschaft dringend notwendigen Wiederherstellung geordneter Verkehrsverhältnisse erforderlich sind. Da alle noch denkbaren Besteuerungen von Grund, Boden und Gewerbe bereits von Reich und den Ländern für sich in Aussicht genommen sind, bleibt zur Aufbringung der Wegebaumittel nur eine Zwecksteuer übrig, wie sie der Entwurf vorsieht. Die geplante Fahrzeugsteuer soll sich erstrecken auf alle Fahrzeuge, bis auf folgende Ausnahmen: 1. Alle an Schienen gebundenen Fahrzeuge mit zwangsläufiger Radführung, 2. Luft- und Wasserfahrzeuge, 3. Handfahrzeuge, 4. Kinderspielfahrzeuge, 5. Krankenwagen jeder Art und Krankenfeldfahrzeuge, 6. Feuerlösch-, Rettungs- und Unfallfahrzeuge, 7. Wegebaufahrzeuge, Straßenpreng- und Straßenreinigungsfahrzeuge, die dem Wegeunterhaltungspflichtigen gehören und nach ihrer Bestimmung andere als die von ihm unterhaltenen Wege nicht befahren. Sind derartige Fahrzeuge auf dem Wege zur Arbeitsstätte genötigt, andere Wege zu befahren, so ändert dies an ihrer Steuerfreiheit nichts. 8. Fahrzeuge, die nur im Betriebe des Eigentümers verwendet, nach ihrer Bestimmung Wege nicht befahren, wie z. B. Ackergeräte, landwirtschaftliche Maschinen usw. 9. Personen-Fahrräder. 10. Die zum Verkauf gestellten Ausstellungsmodelle in Fabriken.

unserer modernen Kulturentwicklung erst die Auflockerung des Geföhls durch Rousseau, die die Vorbedingung für diese Form des Naturgeföhls schafft. Wenn wir bedenken, daß erst der junge Goethe des Sturm und Drang vor 150 Jahren die Wunder der Alpenwelt mit entzücktem Erstaunen schilderte, und erst vor 100 Jahren Heine der Pracht der Nordsee zuschwebte, so erkennen wir, wie spät das Verständnis für dieses Naturphänomen in den Seelen erwachte, und wir begreifen, daß das Kind, das in gewisser Beziehung die ganze Entwicklung der Menschheitskultur in sich durchmachen muß, noch nicht die seelischen Vorbedingungen für solche Erlebnisse besitzt.

Den Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung bieten Briefe, die Kinder auf Reisen in landschaftlich ganz besonders schöne Gegenden schreiben. Aus dem Hochgebirge wird von den netten weidenden Ziegen, der Matte mit den schönen Blumen berichtet, vom Meer aus von dem schönen Sand, von einem kleinen Fisch, den man gefangen hat, die Wucht der Bergriesen, die Unendlichkeit des Meeres spielt noch keine große Rolle im Denken, im Empfinden des Kindes. Sehr bezeichnend für diese Art der Kleinmalerei sind die oben erwähnten Briefe, die deutsche Kriegskinder aus Skandinavien in die Heimat schrieben. Ein 13jähriges Mädchen z. B. „will die Gegend schildern“ und beschreibt dann genau das Häuschen, in dem es untergebracht ist, mit seinem Gärtchen. Vom Meer wird von Kindern unter 14 Jahren kaum gesprochen, höchstens einmal, um ihre Seekrankheit durch die Erwähnung des bewegten Meeres besser zu illustrieren.

Wir sehen, daß wir uns davor hüten müssen, Naturempfindungen von den Kindern zu erwarten, zu verlangen, die sie einfach noch nicht haben können. Gewiß, man soll in den Ferien die Möglichkeit des Aufenthalts im Freien besonders bei Stadtkindern dazu benützen, sie der Natur näherzubringen. Am besten wird man das aber tun, indem man auf das einget, was sie von selbst ihr Interesse weckt, nicht, indem man sie auf die Schönheit und Größe von Dingen hinweist, die sie ganz selbstverständlich noch nicht zu fassen vermögen. Rein, die Kilometerzahl ist gewiß nicht bestimmend für die Ferienfreude. Ein Berliner Kind, das seine Ferien irgendwo in der Mark auf dem Lande zubringen darf, kann gewiß ebensowohl Freude und Naturfönn mit heimbringen, wie eines, das zwei Tage reiste, denn was unsere Kinder lieben, was sie bewundern, was sie wirklich mit der Natur verwaschen läßt, finden sie, wenn man sie nur einmal aus den Mauern der Stadt hinausführt.

S. Pandau

Zum 300. Geburtstag Lafontaines am 8. Juli. Lafontaine gehört zu den wirklich großen Schriftstellern, deren Name alle Zeiten überdauern dürfte. Von seinen Fabeln weiß wenigstens heute noch jedes Kind, und auch jeder Erwachsene hat seine Freude

Die Steuer ist als Beitrag zu den Lasten der Wegeunterhaltung zu erheben. Die Höhe der Sätze richtet sich nach dem Maße, in dem die Wege durch Schnelligkeit und Gewicht der Fahrzeuge abgenutzt werden.

Die geladenen Sachverständigen erklärten ihre Bereitwilligkeit, die erforderlichen Lasten zu übernehmen, betonten aber, daß sie die eingehenden Summen auch wirklich zur Wegeerhaltung verwendet sehen möchten.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums machte darauf aufmerksam, daß die Reichsregierung in aller nächster Zeit dem Reichswirtschaftsrat den Entwurf einer Reichskraftfahrzeugsteuer zur Begutachtung vorlegen würde.

Die Erörterung beschränkte sich daraufhin auf das Reichsmantelgesetz. In dem Entwurf wurde ein Zusatz über Erleichterungen für den Grenzverkehr hineingearbeitet. Der Entwurf zu einem Preussischen Landesgesetz soll der Reichsregierung mit dem Ersuchen übermittelt werden, daß die für den Tarif darin vorgesehenen Sätze einheitlich als Mindestsätze für das Reich festgelegt werden möchten. Der Berichterstatter der Unterkommision wird den Entwurf nach den in der Erörterung zutage getretenen Grundfönnen ausarbeiten.

Noch immer politische Spionage

Durch die Mitteilung, daß eine Verfügung des Reichsfinanzministeriums an die Postüberwachungsstellen über die Behandlung von Briefen „hochstehender“ Persönlichkeiten ergangen ist, ist die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit aufs neue auf diesen immerwährenden Skandal gelenkt worden. Es ist aus Tageslicht gekommen, daß früher eine Verfügung bestanden hat, wonach die Briefe der Mitglieder regierender Häuser von der Ueberwachung freibleiben. Bis wann diese Verordnung bestanden hat, wann sie aufgehoben und durch eine neue ersetzt wurde, darüber ist das Reichsfinanzministerium die Antwort bisher schuldig geblieben. Jetzt steht nur, daß es auch in der neuen Verordnung heißt, durch die Ueberwachungsbeamten sollen die Briefe von Persönlichkeiten hervorragender Stellung „nicht aus Neugierde“ geöffnet werden. Diese Verordnung zeigt am besten, wohin die Postüberwachung in Wirklichkeit führt. Eine solche Verfügung wäre jetzt überflüssig, wenn nicht Beweise dafür vorlägen, daß in besonders starkem Maße politisch interessante Briefe geöffnet und ihr Inhalt weitergegeben worden ist. Die Wirkung dieser Verordnung kann zweifelsohne nur die sein, daß man diejenigen Beamten, die bisher noch nicht die politische Spionage betrieben haben, nun erst recht auf dieses Kapitel hingewiesen hat. Dieser Skandal ist so groß, daß ihm nun selbst die bürgerliche Presse nicht mehr ruhig zusehen will.

Lehrlingshaltung im Bäckereibetrieb

Die Lehrlingshaltung in den Bäckereien ist eine bekannte Tatsache. Tausende mühten schon in Friedenszeiten nach beendeter Lehrzeit andere Berufe zu ergreifen, sie suchten in Fabriken und Bergwerken unterzukommen. Das Verhältnis wurde unter der Getreide- und Mehlzollgesetzgebung kein besseres, im Gegenteil. Nach dem Demobilisierungsgesetz mußten diese ehemaligen Bäcker, auch solche, die dem Beruf schon den Rücken gekehrt hatten, bei Einstellungen berücksichtigt werden.

Der Handelsminister sah sich infolge dieser Verhältnisse genötigt, der skrupellosen Lehrlingszuchterei einen Damm entgegenzusetzen. Er erließ eine Verordnung, wonach vom 1. Juli 1920 bis zum 30. September 1923 in jedem Bäckereibetrieb, ob groß oder klein, nur ein Lehrling beschäftigt werden dürfe. Diese Verordnung hat eine Milderung durch einen Nachtrags-erlass vom 2. März 1921 erfahren, wonach mit den Meisterlöhnen eine Ausnahme gemacht wird, also ein zweiter Lehrling ein treten kann. Den Herren vom Nachtrag aber geht dieses Zugeständnis noch nicht weit genug, sie laufen Sturm in ihren Zunungsverfammlungen und verlangen schrankenlos Lehrlingshaltung in der Bäckerei wie vormals.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren tritt natürlich diesem Begehren entgegen und verlangt in einer Eingabe an den Landtag und das Handelsministerium die Aufrechterhaltung der Verordnung. Am Donnerstag abend wurde im Ausschuß für Handel und Gewerbe darüber verhandelt. Dabei kam zur Sprache, daß nach den statistischen amtlichen Nachweisen auf 100 Gehilfen 111 Lehrlinge in den Großstädten kommen, in den kleineren Orten ist das Verhältnis noch viel schlechter. Auf einen Gehilfen kommen drei bis vier Lehrlinge. Auf 100 Arbeitsgesuche kommen mehrere Hunderte Bewerberangebote. Da war es nur selbstverständlich, daß der Ausschuß sich für Beibehaltung der Verordnung einsetzte.

Sie sind von einem ewigen Liebreiz, dem niemand sich zu entziehen vermag und der ihnen auch über die Grenzen Frankreichs hinaus die Welt erobert hat. In jeder ist außerdem eine gute Lehre verborgen, die sich aber nicht plump aufdrängt, sondern meistens aus einem feinen Vergleich zu gewinnen ist. Von Lafontaines Fabeln stammen elf Bücher aus der Zeit von 1668 bis 1693. Der Dichter hat also fast bis zu seinem Tode, der am 13. April 1695 erfolgte, daran gearbeitet. Er selbst nennt sie in ihrer Gesamtheit eine „Risentomödie in hundert Akten“. Einige von ihnen haben auch die Bildung von geflügelten Worten veranlaßt. So stammt der Ausdruck „Milchmädchenrechnung“ und der Ausdruck, für jemanden „Die Kastanien aus dem Feuer holen“, aus seinen Fabeln. Die Figuren in Lafontaines Fabeln sind vielfach Tiere, deren Weisheit dann auf die menschlichen Verhältnisse übertragen werden muß. Hieraus ist die Stelle vom Lichter, einem deutschen Fabeldichter, zu verstehen, der Lafontaine nachrühmt:

„Er fand die heitre Kunst, durch ein Gespräch von Tieren Das menschliche Geschlecht im Scherz zu überführen!“

Die Sowjetregierung und das Moskauer Künstlertheater. Das Präsidium des Russischen Zentralerziehungsausschusses hat genehmigt, daß das Mitglied des Moskauer Künstlertheaters P. D. G. G. nach dem Auslande entsandt werde, um die gegenwärtig im Auslande weilenden Mitglieder des Künstlertheaters zur Rückkehr nach Moskau zu bewegen. Gleichzeitig ist dem Volkskommissariat für Gesundheitswesen der Auftrag erteilt worden, sämtliche Mitglieder der „Kammerspiele“ des Moskauer Künstlertheaters zur Erholung in einem kausischen Kurort unterzubringen. Die Gage für die drei Sommermonate soll den Künstlern im Gesamtbetrag von 60 Millionen Rubel pränumerando ausbezahlt werden.

Frau Suitner. Jedes Land hat seinen Sudermann. Der Sudermann von Tirol heißt Schönherz. Im Theater in der Königgräzer Straße führt seine Landbesitzer, die Erl-Schauspieler, nach drei schon bekannten Stücken von ihm nun ein neues auf: „Frau Suitner“. Frau Suitner hat eine Gemischtwarenhandlung (wie man das in Oesterreich nennt) und einen Mann. Aber sie hat sich immer mehr um die Gemischtwarenhandlung gekümmert, als um den Mann. Das Geschäft war beiden wichtiger als das Leben. Nun sind sie nach zwanzigjähriger Sudermann aus den Sorgen und den Schulden heraus. Und was haben sie? Gar nichts. Sie sind einander fremd geworden. Sie haben zusammen gearbeitet — aber sie können nicht zusammen leben. Sie fangen nun an, da sie sich zur Ruhe setzen können und wollen, sich zu zanken. Und Frau Suitner sieht, daß sie zu alt geworden ist für ihren Mann. Sie hat zu lange nur an das Geschäft und zu wenig an ihren Mann und alles andere gedacht. Was tut sie? Sie greift zu einem sehr radikalen Heilmittel: sie geht ins Wasser. Aber vorher nimmt sie ein junges Mädchen ins Haus. Was für? Damit für den Laden und für den Mann eine Nachfolgerin da ist. Das alles hätte ein echter Dichter vielleicht sehr dichterisch und ergreifend dargestellt. Aber Schönherz ist ein Sudermann, bei ihm kommen auf einen halb echten Ton gleich zehn ganz unechte. Er

